

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50-Mark für das Vierteljahr, ohne Frangotohn.

Genehmigt müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigerpreis beträgt 35 Pf. für die 6 gesaltene Beitzelle. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 21

Sonntag, den 27. Mai

1917

## An die Gauleiter.

Sehr geehrte Kollegen!

Wie in Nummer 19 unserer Organe schon berichtet worden ist, haben alle infolge der notwendigen Tabaksteuerung arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen ein Anrecht auf Unterstützung, die von den Gemeinden oder den Gemeindeverbänden (Kreis) festgesetzt und gezahlt werden sollen. Die Unterstützungsbeträge sind dann zu einem Drittel vom Reich und zu einem Drittel vom Bundesstaat zurückzuführen; während die Gemeinde resp. der Gemeindeverband (Kreis) den Rest aufzubringen hat. In solchen Fällen, wo Gemeinden resp. Gemeindeverbände tatsächlich nicht in der Lage sind, Mittel zu diesem Zweck aufzubringen, kann auf Ersuchen das Reich bis zur Hälfte die Unterstützungsbeträge zurückzahlen.

Um nun den arbeitslos gewordenen Tabakarbeitern und Tabakarbeiterinnen zu ihrem Rechte zu verhelfen, ist es erforderlich, überall zu ihrem Gunsten einzutreten, d. h. diesbezügliche Unterstützungsanträge bei der in Frage kommenden Gemeindebehörde einzureichen und zu vertreten. Zur Unterstützung dieser Tätigkeit sind die Bevollmächtigten der einzelnen Jahressellen im Ganzen zu unterstützen und heranzuziehen.

Über alle Unterstützungsanträge ist dem unterzeichneten Verbandsvorstande Bericht zu erstatten.

Im übrigen ersuchen wir darum, alle in dieser Angelegenheit im Organ erscheinenden Publikationen genau zu beachten und danach zu handeln.

Bremen, den 19. Mai 1917.

Der Verbandsvorstand.

## Ernährungsschwierigkeiten überall.

Schwüle Stimmung besteht in allen kriegsführenden Ländern über die Ernährungsfrage. Beabsichtige zuerst England, Deutschland auszuhungern und poche dabei auf seine stolze Seemacht, so ist ihm Deutschland nun gefolgt und sucht England durch den U-Boot Krieg die gleichen Schwierigkeiten zu bereiten. Es ist demnach ein Weltkampf um die Aushungierung entstanden, der kein gutes Ende für die darbenenden Volksmassen in allen Ländern nehmen kann. Das ergibt sich schon aus den Unmengen von Lebensmitteln, die dabei zugrunde gehen, um so stärker die Nachfrage, die bekanntlich den stärksten Anreiz zur Steigerung der Lebensmittelpreise gibt.

Vor allem bezieht sich das auf die billigsten Ernährungsmittel, unter denen das Brotgetreide mit voransteht. Die Brotmahlung ist immer noch die billigste, trotz der hohen Brotpreise. Die Länder, die hauptsächlich auf die Einfuhr von Brotgetreide angewiesen sind, geraten also durch den Aushungerkrieg in die größte Gefahr. Aber selbst solche Staaten, die eine starke Getreideaufuhr haben, werden von ihr betroffen. Auch dort zeigen sich Ernährungsschwierigkeiten, hervorgerufen durch die Preissteigerung für Brotgetreide, die eben durch den großen Ankauf von Getreide durch Ausländer erzeugt wird.

So gehen gegenwärtig die Weizenpreise in Amerika riesig aufwärts. Wie in den Handelszeilen deutscher bürgerlicher Zeitungen festgestellt wird, ist der Weizenmarkt in Amerika zum Sammelplatz wilder Spekulationen geworden, wo der Weizen vorige Woche bereits 500 M. pro Tonne kostete. Lage dieser Preislage ein entsprechender Preis-Mangel an Weizen zugrunde, dann würde das Ernährungsschwierigkeiten für Amerika bedeuten, die noch zunehmen müssen, je länger der Aushungerkrieg, der immer noch mehr Schiffsadungen mit Weizen vernichtet, dauert.

Wird so der Weltmarkt entblößt von Weizen, muß das notwendigerweise auf das übrige Brotgetreide der Welt verteuern zurückwirken. Träte dann noch eine Wirtschaftspolitik hinzu, die sogar nach dem Kriege noch auf eine Zoll- und wirtschaftspolitische gegenseitige Absperrung der einander feindlich gegenüberstehenden Staaten drängt, dann kommen die Völker aus einer dauernden Verteuerung ihrer Ernährung nicht heraus.

Zweifellos wird der weltwirtschaftliche Verkehr zwischen allen Staaten der Erde nach diesem Weltkriege ein anderer sein als vor dem Kriege. Aber nach den Erfahrungen, die aus diesem Kriege gezogen werden, und nach den Schlägen, die er allen Völkern erteilt, sollte alles darauf gerichtet werden, den weltwirtschaftlichen Verkehr zu erleichtern und vor allem die Ernährungsschwierigkeiten zu beheben. Dann ließe sich auch der wirtschaftliche Wiederaufbau in jedem Lande leichter errichten. Natürlich könnte es auch nicht ausbleiben, daß bei einer verständigen, allgemein auf dieses Ziel gerichteten Wirtschaftspolitik auch die Austauschbeziehungen für alle gewerblichen Erzeugnisse sich vorteilhaft gestalten würden. Denn, einigt man sich in der Hauptsache, und das ist

doch wohl die Ernährungserleichterung für alle Völker, dann kann man nicht einen Wirtschaftskrieg fortführen, der sich auf die Schaffung anderer Erzeugnisse erstrecken würde.

Leider stemmen sich aber in jedem Lande schwere Hindernisse einer Verständigung entgegen. Die kapitalistischen Interessen bereiten den Volksmassen in ihrer Lebenshaltung dauernd Schwierigkeiten. Sie sind es, die die Gelegenheit, die ihnen der Krieg bietet, mehr zur Ausnützung der Volksmassen, der Volksgenossen im eignen Lande ergreifen und alle Schwierigkeiten noch vermehren. Daher die Unruhe und unruhige, gefährliche Stimmung in allen Staaten. Wenn man bestimmte Volksteile dafür verantwortlich machen will, so braucht man nicht weit nach den Schuldigen zu suchen. Wer aber das Ganze im Auge hat und die Grundursachen des Übels und der Gefahren erkennt, der muß sich gegen das System wenden, das es denen ermöglicht, die aus egoistischen Gründen und weil sie die Macht dazu haben, Verwirrung, Unzufriedenheit und Unheil zu stiften.

Sicherlich werden wir nach dem Kriege noch lauter als jetzt die Phrase vom „Schutz der nationalen Arbeiter“ überall erklingen hören. Überall wird sie jedoch zum Deckmantel von Sonderinteressen dienen. In ihr liegt schon die Gefahr internationaler Verwirrung. Denn sie soll die gegenseitige Abschließung der Staaten durch Zoll- und wirtschaftspolitische Maßnahmen rechtfertigen. Und doch brächte die Abschließung nur Vorteile den kapitalistischen Interessen, die nicht die Interessen der werktätigen Bevölkerung, der arbeitenden Klassen sind.

Der Krieg übertäubt so sehr diese Wahrheit, daß die Gefahr der kapitalistischen Eingirkung auf die künftigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten und Völkern nicht gebührend gewürdigt wird. Es sind höchstens die organisierten, klaffenbewußten Arbeiter, die sich mit der kapitalistischen Struktur unseres Wirtschaftslebens vertraut machen, deren Grundübel erkannt, in täglichen Kämpfen sich dagegen wehren, für eine neu organisierte, nur dem Allgemeinwohl dienende, geregelte Volksarbeit eintreten, die sich gegen die Verschleppung des alten wirtschaftlichen Kampfes zwischen den kapitalistischen Klassen der einzelnen Länder wenden und einen Wirtschaftsfrieden zwischen den Völkern fordern, der dem ewigen Mangel und der entnervenden Not der arbeitenden Massen ein Ende machen soll.

Damit stimmen allerdings die wilden Spekulationen mit Nahrungsmitteln, überhaupt die wüsten Orgien der Gewinnmacherei, die während des Krieges in nachster Häufigkeit sich breit machen, nicht überein. Es wird schon schwere Mühen kosten, sie zurückzudrängen, um nur einigermaßen wieder eine Grundlage für die Erleichterung der Volkswirtschaft und der Volksnot zu schaffen.

Über die Ernährungsschwierigkeiten in unserem eigenen Lande haben wir uns oft verbrüht. Sie sind während des Krieges ebenfalls, wie in anderen Staaten gewachsen. Es hätte manches geschehen können, was sie milderte; völlig beseitigt können sie nicht werden in der Kriegszeit. Aber jetzt, wo alle Welt den baldigen Frieden erhofft, muß bereits darauf hingewirkt werden, vor allem die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die kapitalistische Spekulationen der Volksernährung weit über den Krieg hinaus bereiten.

Wenn der Frieden kommt, wird dies eine seiner Hauptbedingungen sein müssen. An ihr hängt das Wohl der Völker. Denn Mangel und Sorge sind überall Merkmale des Unfriedens.

## Die Zustände in der Tabakindustrie.

Immer neue Vorschläge und Pläne tauchen auf, um der um sich greifenden Verwirrung und Unzufriedenheit in der Tabakindustrie zu begegnen. Die Detag ist genötigt, bald dieser, bald jener ihrer Maßnahmen den Abschied oder eine andere Ausdeutung zu geben, weil sie sich nicht bewähren, und noch immer wartet man darauf, daß sie einen ernsten sachmännischen Griff tut, der den größten Verlegenheiten ein Ende macht. Vergeblich.

Auch ihre allerneuesten Anordnungen, die angeblich die Belieferung der kleinen und mittleren Fabrikationsbetriebe mit Tabak erleichtern und verbessern soll, wird nicht die bezeichnete Wirkung haben. Die Fälle nehmen immer noch zu, in denen die kleinen Unternehmer darüber klagen, daß ihnen der Ankauf von Tabak zur nötigen Fortführung ihres Betriebes verlagert wird. Monatelang müssen sie oft drei- und viermal bei der Detag vorstellig werden, ehe ihnen ein paar lumpige Zentner Tabak bewilligt werden. Dabei wird ein Formalismus getrieben, der diejenigen, die ihn nicht durchschauen, zur Verzweiflung bringen kann. Auch unglaubliche Versehen laufen dabei unter, die dem immer mehr ein-

reisenden Bureaucratismus bei der Detag kein gutes Zeugnis ausstellen.

Obgleich wir die Beweise dafür vor uns liegen haben, wollen wir auf die Angabe von Einzelheiten verzichten, weil wir annehmen, daß die allgemeine Darstellung und Anregung genügen müsse, ernsthaft an eine Aenderung des Systems heranzugehen, das die Verhältnisse in der Tabakindustrie mehr und mehr verschlechtert — natürlich zuungunsten der kleinen und mittleren Betriebe.

Die Vorschläge zu einer prozentualen Abstufung der Tabaklieferung, je nach dem Umfang des Unternehmens, könnten da nicht genügen, obschon sie eine Besserung bedeuten. Auch dann noch, wenn sie Anlaß bei der Detag fänden, könnte diese bei der Verweigerung der Genehmigung zum Ankauf von Tabak sagen, es sei nicht genügend Tabak vorhanden. Und doch befinden sich noch große Tabaklager genug in Deutschland, um den kleineren Ansprüchen zu genügen.

Gegenüber unserer Forderung, diese Tabaklager zu beschlagnahmen und zur Aufteilung zu bringen, bleibt die Regierung und ihre Tabakorgane taub. Den großen Hamstern soll nicht wehe getan werden, die sich auf Jahre hinaus mit Tabak verlorzt haben. Warum trägt man ihnen nicht auf, ihre ganze Produktion zu Heereslieferungen bereitzustellen, wenn sie genügend Tabak und noch dazu zu den früher geltenden niederen Preisen haben? Warum stellt man ihnen für die Heereslieferungen nicht Preise für ihre Fabrikate, die den billigen Preisen des in ihrem Besitz befindlichen Tabaks entsprechen? Jedes Kind weiß, daß sie Riesengewinne infolge ihrer billigen Tabakvorräte machen und dabei sich noch dagegen stemmen, den Arbeitern trotz dieser Riesengewinne eine anständige Lohnzulage zu bewilligen.

Wie müssen dagegen die kleinen Unternehmer, die die jetzt geltenden unerhöht hohen Tabakpreise zahlen müssen, die obendrein in ihrer kleinen Fabrikation noch durch Verweigerung des nötigen Tabakbezugs beschränkt werden, ihre Existenz elend durchfristen. Der Abstand zwischen der Kleinindustrie und den großen Unternehmungen war nie größer, als in der gegenwärtigen Zeit. Das allein gibt schon Aufschluß darüber, warum so viele kleine Existenzen zugrunde gehen. Und in solcher Situation wird ihre Lage noch bedrängter durch die Maßnahmen der Detag, die ihnen die größten Schwierigkeiten im Tabakbezug macht.

Es sind auch meist die kleinen Fabrikanten, die den berechtigten Lohnansprüchen der Arbeiter nachgeben, während die großen Unternehmungen sich oft dagegen stemmen und mit allen Finessen — durch Einführungen neuer Formate, neuer Sorten usw. — sich Lohnserhöhungen entziehen. Es ist ein trauriges Kapitel, das in der Kriegszeit über die großkapitalistische Wirtschaft in der Tabakindustrie geschrieben werden muß.

Weil die Regierung nur nach den Informationen handelt, die ihr die Großindustriellen zuteil werden lassen, weil sie keine Vertretung der Kleinindustrie dauernd zu Rate zieht; weil sie auch die Vertretung der Arbeiter nicht voll zur Geltung kommen läßt, sind ihre Maßnahmen nichts weniger als ein Schutz für Kleinindustrie und Arbeiter. Gerade die Vorschläge der letzteren, die Fabrikation nach dem Stande vor dem Kriege zu bemessen und danach ihre Vorkehrungen zur ausreichenden Belieferung mit Tabak zu treffen, finden bei ihr keinen Boden.

Die Großindustrie läßt sich den jetzigen Zustand gefallen, weil er ihr eben große Gewinne einbringt und die Detag handelt so, als ob die Großindustrie der gesunde Kern der gesamten Tabakindustrie darstelle, der berücksichtigt werden müsse, während der Untergang der Kleinindustrie nicht viel bedeute. Man mag irgendeine Verfügung der Detag hernehmen und man wird finden, daß sie nach dieser Methode gerichtet ist. Weiß sie sich doch bis jetzt der Zustimmung der Regierung für ihre Maßnahmen sicher.

Es wird kräftigerer Vorstellungen der benachteiligten Kreise der Tabakindustrie bedürfen, um die Regierung zu überzeugen, daß anders eingegriffen werden muß, wenn die Tabakindustrie in ihrem alten Bestande aufrechterhalten werden soll.

## Die Organisation der Hamburger Zigarrenfabrikanten hat bewilligt!

Der Verein der Hamburg-Altonaer Zigarrenfabrikanten von 1890 teilt auf das Schreiben, welches die drei Organisationen der Tabakarbeiter an sie richteten, nachstehendes mit:

Wir betonen uns zum Empfang Ihres gefälligen Schreibens vom 9. d. M., welches allerdings erst am 14. a. c. in unseren Besitz gelangte und teilen Ihnen mit, daß in einer heutigen Sitzung unseres Vereins beschlossen wurde, in Anbetracht der schweren Zeit Ihnen die gewünschte Lohnzulage zu bewilligen. Nach dem Umstand, daß wir diese Lohnzulage von 20 Prozent, also insgesamt 85 Prozent der Lohnzulage für Hamburg für die Arbeitsleistung vom 1. Juni 1917 ab bewilligen. Für unsere im Inlande gelegenen Fabriken behalten wir uns jedoch die weiteren Beschlüsse der jeweiligen Bezirksvereine in dieser Angelegenheit vor und werden die Stellungnahme derselben abwarten.

**Punkt 2 Ihrer Forderungen:** Bei Einführung neuer Sorten oder Wiedereinführung alter Sorten den Grundlohn derselben auf eine den Verhältnissen der letzten Friedensjahre entsprechende Höhe zu bringen und hierzu die Zulage von 35 Prozent zu bewilligen, wurde als selbstverständlich betrachtet und angenommen.

**Punkt 3** ergibt sich aus vorher erwähnter Teuerungszulage.

Wir hoffen, daß Sie sich mit der künftigen Bewilligung Ihrer Forderungen einverstanden erklären und zeichnen

hochachtungsvoll

Verein der Zigarrenfabrikanten von 1890.

(gez.) Aug. Müller, Vorsitzender.

Herr Syndikus Schloßmacher mit, daß der Deutsche Tabakverein in nächster Zeit zu unseren Wünschen Stellung nehmen wird.

### Zur Lohnbewegung.

Zur Frage der Entlohnung nahen weiter Stellung die Zahlstellen Hamburg, Lübeck, Rendsburg, Rostock und Schiffbeil. Geleitet hat der Referent. In allen Versammlungen wurde der bereits in voriger Nummer des Tabak-Arbeiters veröffentlichten, in Bremen und anderen Orten des Bremer Gebietes angenommenen Resolution zugestimmt. Von den Zahlstellen Habersleben, Iphoe, Segeberg aus dem 1. Gau, von den Zahlstellen Hlar und Wolfenbüttel aus dem 2. Gau gingen zustimmende Erklärungen ein.

### Unterstützung arbeitsloser Tabakarbeiter.

Wenn es auch seitens der Reichsregierung anerkannt ist, daß die arbeitslosen Tabakarbeiter der Kriegswohlfahrtspflege teilhaftig werden sollen und Unterstützung zu beanspruchen haben, falls ihnen nicht anderweitig annehmbare Arbeit nachgewiesen wird, so dürfte tatsächlich noch in kaum einer Gemeinde die Sache soweit gediehen sein, daß Unterstützung gezahlt werden kann. In diesen Tagen ging dann folgende W.B.-Nachricht durch die Presse:

W.B. Berlin, 16. Mai. Amtlich. Durch die Einschränkungen in der Tabakfabrikation ist eine größere Zahl von Tabakarbeitern arbeitslos geworden. Die Arbeitslosigkeit in diesem Gewerbe wird voraussichtlich noch steigen. Nach Mitteilung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes soll von einzelnen Gemeindebehörden die Einführung einer Erwerbslosenunterstützung mit der Begründung abgelehnt worden sein, daß durch das Reich noch keine Bestimmungen getroffen seien. Dies ist durchaus unzutreffend, da selbstverständlich auch aus infolge des Krieges erwerbslose und unterstützungsbedürftige Tabakarbeiter die Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 17. Dezember 1916 Anwendung finden. Ziffer 7 dieser Bestimmungen überläßt der Regelung der Vorstände, der Höhe und Art der Fürsorge — sie kann an in Sachleistungen bestehen — den Gemeindevorständen, denen ein Drittel ihrer diesbezüglichen Ausgaben aus Reichsmitteln zurückvergütet wird.

Im Auftrag der drei Tabakarbeiter-Verbände trat Kollege Reichmann noch einmal an das Reichsamt des Innern heran mit dem Wunsch, zuzugreifen, da in den Gemeinden meistens nicht bekannt sei, daß die Kriegswohlfahrtspflege auf die Tabakarbeiter Anwendung findet. Darauf teilt das Reichsamt des Innern folgendes mit:

Auf die Herrn Direktor Müller übergebene Eingabe des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes vom 10. Mai 1917 erwidert ich ergebend, daß die Bundesregierung darauf anerkennend gemacht hat, daß die Bestimmungen über die Kriegswohlfahrtspflege ausschließlich der Erwerbslosenunterstützung ohne weiteres auf die Tabakarbeiter Anwendung finden.

Sowohl die amtliche W.B.-Nachricht wie die vorstehende Mitteilung des Reichsamtes des Innern sind deutlich genug, so daß keine Gemeinde sich eigentlich mehr weigern kann. Trotzdem wird nicht so selten von den Gemeinden die Zahlung arbeitsloser Tabakarbeiter nötigenfalls eine Beschwerde an die Regierungsinstruktion der einzelnen Bezirke zu richten ist.

### Die badische Verfügung

Es hat sich das Staatsanwalter Generalkommando des 14. Armeekorps nicht veranlaßt gesehen, keine Verfügung über die Einschränkung der Arbeitszeit in Zigarrenfabriken zurückzugeben. Die Verfügung findet auch bei den Fabrikanten keine Gegenliebe. Ein badischer Zigarrenfabrikant schrieb in der „Süddeutschen Tabakzeitung“ folgendes:

Die ein Donnerstag aus heiterem Himmel kam — nach Zeitungsverboten der letzten Tage — die

Verfügung des Stellvertretenden Kommandierenden Generals des 14. Armeekorps betreffend zeitweilige Schließung der Zigarrenfabriken und Einschränkung der Arbeitszeit. Mit dieser Verfügung wird ohne Zweifel den Zigarrenfabriken in den Landorten unserer Gegend einfach ein Ende bereitet; denn die wenigen alten männlichen Arbeiter und die Arbeiterinnen können mit dem Verdienst in der beschränkten Arbeitszeit nicht auskommen. Nirgend wird sich aber ein Landwirt finden, der diese Arbeiter und Arbeiterinnen morgens bis 8 Uhr und nachmittags von 4 bzw. von 1/5 Uhr ab beschäftigt. Dazu kommt, daß diese Arbeiter und Arbeiterinnen von der Landwirtschaft gar nichts verstehen, auch nicht in die Landwirtschaft wollen und auch der Landwirt will diese Leute nicht haben und gebraucht sie in unserer Gegend auch wirklich nicht. Bei uns wird die Landwirtschaft durchweg mit Maschinen bearbeitet und dazu ist jedem Landwirt ein Kriegesgefangener lieber als ein Zigarrenarbeiter auf ein paar Stunden im Tag.

Dieser Arbeiter aber, der ein oder zwei Stüchlein Land besitzen, konnten bis jetzt solches anstandslos bebauen; denn dazu hatten sie nach Schluß der Fabriken um 6 Uhr Zeit genug und wenn sie sonst Zeit nötig hatten, dann nahmen sie solche, ohne zu fragen.

Weshalb werden Städte wie Karlsruhe usw. von der Verordnung ausgenommen? Dies ist ein unberechtigter Vorteil der Zigarrenfabrikanten, die in diesen Städten ihren Betrieb haben, ihre Arbeiter aber nicht in den Städten selbst haben, sondern aus den umliegenden Ortschaften. So z. B. arbeiten heute viele Fabrikarbeiterinnen von hier in Heidelberg und Mannheim, diese dürfen dorthin gehen, aber die hiesigen Fabriken dürfen ihre Arbeiterinnen nur teilweise beschäftigen. Dies ist doch ein himmelschreiendes Unrecht und wohl verfügt, ohne einen Fachmann zu Rate zu ziehen.

Die Einschränkung von 40 pzt. war gerade genug, nun kommt zweifellos der Schluß der Fabriken; denn die Arbeiter und Arbeiterinnen, die in unserer Gegend noch zu erhalten waren, suchen sich nun Arbeit in den Fabriken der Umgegend, wo sie den ganzen Tag Beschäftigung finden.

Als heute in meinem Betriebe die betreffende Verfügung bekanntgemacht wurde, erklärte sofort ein großer Teil der Arbeiter, daß, falls sie keine Vergütung für die ausfallende Arbeitszeit erhalten, sie sich anderweitig Beschäftigung suchen müßten.

Wer aber mal in einem andern Betriebe Aufnahme gefunden hat, kehrt sobald nicht wieder zur Zigarrenindustrie zurück. Die Zigarrenfabrikanten haben dann ihre Fabriken leerstehen und können auch in die Städte ziehen, wo sie ja die Arbeiter beschäftigen dürfen.

Dazu kommt, daß die Frauen bisher auch durchschnittlich nicht mehr wie sieben Stunden gearbeitet haben, aber in einer ihnen möglichen und beliebigen Zeit; denn eine Frau hat in der heutigen Zeit nicht beliebige Zeit frei, so z. B. steht sie Mittwochs und Sonnabends ein bis zwei Stunden beim Metzger, dann werden Lebensmittel auf dem Rathaus oder in den Kaufläden ausgegeben, dann ist Butter- und Fettausgabe auf dem Rathaus und dann wie z. B. nächste Woche Dienstag und Mittwoch ist von 2 bis 5 Uhr Ausgabe von Fleisch- und Brotarten, dazu kommen ein oder zwei Mal Milch- und andere Karten. Durch das lange Warten bei all diesen Gelegenheiten gehen jedesmal 1—2 Stunden verloren und diese verlorenen Stunden fallen natürlich ausgerechnet in die Arbeitszeit von 8 bis 12 und von 1—4 Uhr, denn nach 4 Uhr gehen die Arbeiterinnen nicht aufs Feld, sondern stehen auf den Straßen herum und Wimpfen auf alles, was recht und unrecht ist. Für den Zigarrenfabrikanten werden aber die Speien höher, die Fabrikation ganz klein, wenn sie nicht überhaupt aufhört und woher er die Zigarren für die Lieferungen an die Zentrale für Kriegslieferungen für Tabakfabrikate nimmt, weiß er nicht.

Die Frauen sind vormittags während der erlaubten Arbeitszeit mindestens einmal durch Baden verhindert, da solche sich ihr Brot selbst backen, in der Hauptfrage aber jeden Tag von 1/11 Uhr oder 11 Uhr ab zum Kochen nach Hause gehen, da die Kinder vor 12 Uhr essen müssen, um in die Schule zu kommen. Diejenigen aber, die morgens in der Schule sind, erst um 1/11 Uhr von der Schule kommen. Von 4 bis 6 Uhr ab haben aber die Frauen regelmäßig gearbeitet, und nun bleibt für die Frauen keine Arbeitszeit mehr frei.

Und die Süddeutsche Tabakzeitung selbst äußert sich in einem „Theorie und Praxis“ überschriebenen Artikel in folgender Weise:

Die Verfügung des Stellvertretenden Generalkommandos des 14. Armeekorps betreffend die Regelung der Arbeitszeit für die Tabakarbeiter des Korpsbezirks ergibt allem Anscheine nach praktische Folgen, die sich nicht erwarten ließen, welche aber von den beteiligten Arbeitgebern und Arbeitnehmern recht unangenehm empfunden werden. Aus den vielen, uns hierüber mitgeteilten Beschwerden veröffentlichen wir an anderer Stelle die Zuschrift eines badischen Zigarrenfabrikanten aus einem Landort. Mögen auch für den Verfasser dieser Zuschrift die neuen Vorschriften angesichts der örtlichen Verhältnisse von besonders einschneidender Bedeutung sein. So ist doch festzustellen, daß schon jetzt sehr viele Fabrikanten aus dem gleichen Anlasse auf erhebliche Schwierigkeiten gestoßen sind. Es wurde uns zuverlässig von mehreren Seiten berichtet, daß in vielen Fabriken eine größere Zahl von Arbeitern schon bei Verfindung der bevorstehenden Kürzung der Arbeitszeit das Arbeitsverhältnis aufgekündigt hat. Grund: Der Arbeiterverdienst wird zu sehr geschmälert und der für die landwirtschaftliche Arbeit während der freien Zeit in Aussicht stehende Lohn ist so gering, daß er weit unter dem aus der verführten Feldarbeit erwachsenden Einkommensverdienst bleibt. Infolgedessen ziehen die Arbeiter vor, die Arbeit in Tabakfabriken ganz aufzugeben und in anderen Industrien die jetzt reichlich vorhandene Arbeitsgelegenheit zu benutzen. Da sich diese

Arbeitsgelegenheit vorwiegend in Städten findet, so ist als weitere Folge zu befragen, daß ein Teil der Arbeiter allmählich vom Lande auch den Wohnsitz in die Stadt verlegt und dies wäre zweifellos eine für die Gesamtwirtschaft höchst bedauerliche Erscheinung.

Aber auch die Tabakarbeiter äußern in ihren Verbänden eine starke Verstimmung gegen die Verfügung. Hierbei stützen sie sich auf die ihnen vom Reichsamt des Innern gegebene Zulage, daß bei den Beschränkungen der Tabakverarbeitung die Interessen der bodenkundigen Arbeiter nach Möglichkeit geschützt werden sollen. Dieser Wunsch muß als vollkommen berechtigt anerkannt werden; aber es unterliegt auch keinem Zweifel, daß dessen Erfüllung durch die neue Verfügung so wie sie jetzt ist, keineswegs gewährleistet wird. Es ist nicht zu verkennen, daß die Lösung der Frage in einer alle berechtigten Interessen möglichst schonenden Form außerordentlich schwierig ist. Indessen darf doch mit Vertrauen erwartet werden, daß eine erneute Behandlung der Angelegenheit von Seiten der Behörden in Gemeinschaft mit den Vertretungen aller Gruppen der Beteiligten zu einem befriedigenden Ergebnis führen wird.

### Verkaufsbedingungen für ausländischen Rohtabak.

Der Verband Mitteldeutscher Tabakhändler E. V., Sitz Leipzig, hat folgende Verkaufsbedingungen für ausländischen Rohtabak beschlossen: Im Anschluß an die Bestimmungen des Bundesrates, wonach der Handel mit Rohtabak nur noch einen gesetzlich festgelegten Nutzen auf den Einkauf nehmen darf, hat unser Verband in der am 6. Mai 1917 stattgefundenen Versammlung die folgenden, auch von den Rohtabakhändler-Verbindungen in Bremen, Hamburg und Mannheim angenommenen Verkaufsbedingungen für ausländischen Rohtabak einstimmig festgelegt:

1. Die Zielfestlegung gilt vom Tage des Abschlusses an.
2. Zahlung nach 6 Monaten, oder gegen bar mit 3 vom Hundert Abzug innerhalb 14 Tagen nach Kauf. Bei späterer Verzögerung oder Zielüberschreitung werden 6 vom Hundert Zinsen p. a. in Anrechnung gebracht.
3. Freilager bis zu 3 Monaten; für längeres Auslagern werden die Unkosten berechnet. Versicherung der Verpackung nur gegen Feuergefahr bis zur Höhe des berechneten Wertes und des vereinbarten Umrechnungskurses. Kriegsschäden jeder Art sind von der Versicherung ausgeschlossen.
4. Gebühren der Detag sind zu Lasten des Käufers.
5. Verkäufe können nur bei bereits vorliegender, genehmigter Bedarfsanerkennung abgeschlossen werden.
6. In bezug auf den Ausfall der Tabake gelten die gleichen Verkaufsbedingungen wie bei der Deutschen Tabakhandels-Gesellschaft von 1916 m. b. H. in Bremen, monach keinerlei Verantwortung für den Ausfall der Tabake, für Qualitätsabweichungen, für Beschlag, für Fermentation usw., sowie für die Beschaffenheit der Verpackung, insbesondere für das Vorkommen geöffnete oder schadhafte Packstücke, für Abweichungen von Marken und Nummern oder was es sonst sein mag, übernommen werden kann.
7. In soweit die Pakete die Packstücke in dem von der Detag gelieferten Zustande nicht annehmen, muß das Verpackungsmaterial (Matten, Leinwand, Stricke, Bindfäden) von dem Käufer frachtfrei geliefert werden. Für das Sinnen wird 1,50 M. für jedes Packstück berechnet.
7. Alle Verkäufe finden nur im Transitverkehr statt. (Rein Verlegen des Zolls und Wertzolls seitens der Händler.)

### Aus Frankfurt a. O.

Aus Frankfurt a. O. wird uns folgender Situationsbericht geschrieben: Die Lage der hiesigen Tabakarbeiter ist eine überaus traurige. Bedenkt man, daß wir Tabakarbeiter am schlechtesten entlohnt werden, daß unser Verdienst kaum höher ist, als vor dem Kriege war, so läßt sich begreifen, wie uns bei dieser ungeheuren Teuerung zumeist ist. Die Teuerungszulage von 25 Prozent reicht nicht entfernt aus, die Mehrausgabe auszugleichen. Vor der Tabaksteuer konnten wir wenigstens noch voll arbeiten; wir konnten garnicht genug schaffen und sollten möglichst noch den Sonntag zu Hilfe nehmen. Jetzt möchte man am liebsten die Zahl auf die Hälfte herabsenken, und aus dem Tabak noch einmal soviel herauswinden, als früher. Arbeiterentlassungen sind an der Tagesordnung. Viele Widelmaderinnen und Zigarrenarbeiterinnen haben von selbst aufgehört; sie machen Kriegsarbeit, weil sie dort mehr verdienen. Durch den Weggang der Widelmader sind die Zigarrenarbeiter infolge geschädigt, als sie sich die Widel selbst machen müssen, und dadurch weniger verdienen. Aber es liegt an den Kolleginnen selbst — männliche Tabakarbeiter gibt es nun noch weniger, sie sind schon an die 60 Jahre alt — weil sie sich ihrer Klassenlage nicht bewußt sind und der Organisation fern bleiben. Welche Mühe haben wir uns drei Jahrzehnte lang gegeben, um die weiblichen Kollegen in die Organisation hineinzubringen! Aber es war zum guten Teil umsonst. Natürlich dürfen wir deshalb die Finte nicht ins Korn werfen. Meistens handelt es sich um junge Kolleginnen, die bei den Eltern sind. Sie erklären: „Ach, was sollen wir in der Organisation! Wir kommen mit dem, was wir verdienen, schon durch.“ Sie zahlen an die Eltern ein Kostgeld, und was daran zu wenig ist, tragen die Eltern.

Die günstige Konjunktur haben wir aus diesen Gründen nicht ausnutzen können, so daß wir jetzt die Leidtragenden sind und selber die Schuld tragen. Hätten wir uns aus selbst bis zum letzten Rest verlassen können, wir hätten nicht nur 25 Prozent erhalten, sondern schon 35 Prozent gehabt, ehe die Konferenz der drei Verbände den Beschluß faßte. Jetzt müssen wir uns noch 10 Prozent hinzu erobern. Es wird noch Kampf und Schwierigkeiten geben. Ein Beispiel: Ein Kollege fragte seinen Fabrikanten — derselbe war früher auch Kollege von uns — ob er schon ein Schreiben wegen einer Lohnzulage erhalten habe. Die Antwort lautete: Nein! unter Eingufung, daß er, der Fabrikant, wisse, wer der Kollege sei. Er erklärte dann, nicht abgeneigt zur weiteren Bewilligung von 10 Prozent zu sein, aber nur, wenn er mehr für die Zigarren erhalte; jetzt gäbe er auf das Tausend 8 M. zu. Der Fabrikant hat Kriegslieferungen. Da ist es kein Wunder, daß der Herr immer

Die Organisation hat alles getan, was sie nur irgend konnte, unsere Lage zu verbessern. Wenn dann noch die weiblichen Kollegen — es gibt auch männliche dieser Art — ihre Lage, trotz der schlimmen Zeit, nicht begriffen haben, so dürfen sie sich nicht wundern, wenn sie der Willkür unterliegen. Es wird noch sehr viel von der Organisation zu tun sein, um endlich einmal sagen zu können: Wir Tabakarbeiter sind nicht mehr die rückständigen Elemente, die der Organisation ferngeblieben sind. Nur wenn wir organisiert und aufgestellt sind, wenn wir wissen, was wir wollen, kann es uns gelingen, bessere Lebensbedingungen zu erringen. Leider wissen noch sehr wenige, was die Organisation zu bedeuten hat. Manche zahlen ihre Beiträge, weil sie mit den Kollegen gemeinsam arbeiten wollen. Alle Mitglieder erhalten den „Tabak-Arbeiter“, unser Fachorgan, aber viele lesen ihn nicht. Würde jeder das Blatt, das unsere Lage schildert und so manches Wissenswerte zum Nutzen und zur Aufklärung der Mitglieder bringt, lesen, so wäre manches besser bestellt. Jeder sollte das Blatt zur Hand nehmen, es ordentlich durchlesen und dann an die Unorganisierten geben. Etwas bleibt immer hängen!

Darum Tabakarbeiter, einigt euch! Es tut mirlich not. Eure Sache ist die heilige Sache der Vernunft! Nicht jeder ist sich selbst der Nächste, wie das Sprichwort wohl sagt; denn dann wäre die Nächste Liebe ein leerer Wahnsinn und es wäre schlecht bestellt um die Menschheit. So darf es auf keinen Fall sein, wenn wir Arbeiter unter Los verbessern wollen. Jeder lege Wert darauf, die Mitarbeiter der Organisation zuzuführen! Eine große und starke Organisation ist wie eine unheimlich feste Felsung. Mit Klassenbewußten Arbeitern läßt sich nicht wie mit Dudmäusern verfahren. Letztere treiben nur Viehdienerei. Für heute genug. Einem in die Organisation! Einer für Viele!

## Die soziale Wirkung der Tabakpreiserhöhungen.

„Der Tabakarbeiter“, unser österreichisches Bruderorgan, schreibt:

Bereits zwei mal im Kriege wurden die Preise der Tabakfabrikate empfindlich erhöht, abgesehen davon, daß schon 1911 eine Preiserhöhung der Tabakfabrikate durchgeführt wurde. Damals wurde die Preiserhöhung ausführlich begründet und es ist auch bekannt, daß jene Preiserhöhung von bürgerlichen Abgeordneten, wir nennen nur Steinwender, verlangt wurde, um der Staatskasse erhöhte Einnahmen zuzuführen. Die Preiserhöhung von 1911 war ein teilweiser Fehlgriff, weil die Preise der Ganzfabrikate — Zigarren und Zigaretten — prozentual eine viel höhere Steigerung erfuhr als die Halbfabrikate, besonders Zigarettentabak. Die Raucher waren in der Lage, die Preiserhöhung abzuwehren, wenn sie anstatt fertiger Zigaretten nur Zigarettentabak kauften und sich das Fabrikat selbst herstellten. Nicht nur der einzelne Raucher konnte die Preiserhöhung abwehren; in vielen Gast- und Kaffeehäusern wurden Zigaretten gestopft und mit hohem Profit an die Besucher weiterverkauft. Der Herr Steinwender hatte damals in bürgerlichen Tageszeitungen ganz schön ausgerechnet, wie hoch die Mehreinnahmen sein werden, aber vergessen, daß die Raucher in der Lage sind, die Preise zu umgehen — die verlangte Steuer zu verweigern. Daß die Raucher von der Möglichkeit der Umgehung der verlangten Steuer reichlichen Gebrauch machten, beweist der Zigarettenverschleiß des allgemeinen Tarifs. Es wurden Zigaretten gekauft:

1910	5 451 740 999 Stück
1912	5 298 345 043

Dabei muß auch beachtet werden, daß nicht allein der Rückgang maßgebend ist, sondern auch in den Vorjahren ein stetig steigender Zigarettenkonsum zu verzeichnen war. So betrug der Verschleiß 1909 5 059 557 126 Stück; die Konsumsteigerung von 1909 auf 1910 betrug mithin allein 391 Millionen Stück. Das muß beim Rückgang des Zigarettenkonsums nach der Preissteigerung mit berücksichtigt werden.

Der steuerrechtliche Fehler wird verständlich, wenn bedacht wird, daß unter Zollgebiet drei Monopolverwaltungen hat: die von Oesterreich, Ungarn und Bosnien-Herzegowina. Keine von den drei Monopolverwaltungen kann selbständig die Preise festlegen, weil die Raucher es sonst in der Macht hätten, von der billigeren Monopolverwaltung zu beziehen. Wie verhältnismäßig leicht das ist, hat die ungarische Monopolverwaltung im Krieg erfahren. Als im Kriege bei uns Tabakknappheit eintrat, wurden auch nach Oesterreich größere Mengen Fabrikate aus Bosnien-Herzegowina eingeführt.

Herr Steinwender hat durchaus kein Recht, die Priorität des Gedankens, erhöhte Staatseinnahmen durch Erhöhung der Tabakpreise, für sich in Anspruch zu nehmen, denn die Quelle, aus der er seine Gedanken schöpfte, war vielmehr der „Bester Lloyd“.

Daß die Steigerung der Tabakfabrikate 1911 nur eine fiskalische Maßregel war, zeigt der von Jahr zu Jahr steigende Reingewinn des Tabakmonopols. Im Jahre 1897 wurde eine Reform der Verwaltung des Tabakmonopols durchgeführt und Fabrikation und Verschleiß in der Generaldirektion der Tabakregie zusammengelegt. Der Reingewinn betrug:

In Kronen	Auf den Kopf der Bevölkerung entfallend
1897..... 126 999 981.98	7.56
1910..... 176 856 831.71	9.81

Die eigene Vermögensvermehrung der Tabakregie ist in diese Ziffern nicht eingerechnet.

Wie groß die Preisunterschiede nach der Preissteigerung 1911 zwischen fertigen Zigaretten und Zigarettentabak waren, beweist, daß man zum Beispiel für 100 Stück Prinzess 6 Kr. bezahlen mußte, während man sich 100 Stück aus feinstem Fir um 3 Kr. anfertigen konnte. Ebenso kosteten 100 Stück Sport 3 Kr., während man sich 100 Stück Zigaretten aus feinem Herzogowina um 1,76 Kr. anfertigen konnte. Bei beiden Beispielen sind die Kosten der Hülsen eingerechnet.

Auch ohne den Weltkrieg wäre ein Ausgleich dieser Preisunterschiede durchgeführt worden, nicht aus einer inneren Notwendigkeit, sondern weil eben die fiskalische Absicht von 1911 nur durch einen Ausgleich erzielt werden konnte.

Nun hat der Krieg selbstverständlich auch eine bedeutende Verteuerung des Fabrikationspreises zur Folge. Die Preise des Rohabaks sind enorm gestiegen, denn das Ausland verlangt erhöhte Preise und besonders die holländischen Tabakpflanzer wissen den Weltkrieg gut auszunützen; dazu kommt noch die Entwertung unserer Valuta durch den Krieg. Auch die inländischen Rohabake sind enorm im Preise gestiegen. Um einen entsprechenden Tabakanbau in Ungarn zu erzielen, mußte der Finanzminister in eine Erhöhung der Einfuhrpreise für die Ernte 1917 einwilligen, was eine Kostensteigerung um 150 Prozent gegenüber 1913 bedeutet. Die ungarischen Tabakbauern wollen die Kriegskonjunktur genau so ausnützen wie die Getreidebauern und Viehzüchter. Der Kriegswucher zwang die Verwaltung der Tabakregie, ihren Beamten und Arbeitern Teuerungszulagen zu gewähren, welche hohe Beträge erfordern. Der Mangel an Rohabak zwang zur Einschränkung der Fabrikation, wofür Arbeiterchaft und Beamte voll entschädigt werden.

Das alles ist noch nicht hinreichend, um beide Preissteigerungen im Kriege zu erklären. Die Wahrheit ist, daß der Mangel an Rohabak und die Unmöglichkeit, ausreichende Mengen zu beschaffen, die Fabrikation und den Verschleiß erdroffelt, was die Einnahmen und den Reingewinn schmälert. Es können selbst alle Möglichkeiten der Rohabakbeschaffung im Ausland ausgenützt werden, weil verstärkter Einkauf ein weiteres Steigen der Rohabakpreise zur Folge hätte und weil auch auf unsere Valuta Rücksicht genommen werden muß. Um den erzielten Reingewinn auch in der Zukunft zu sichern, dem Staate die Einnahmen, die bisher aus dem Tabakmonopol erzielt wurden, zu erhalten und diese noch zu steigern, einzig und allein aus diesem Grunde sind die Preissteigerungen erfolgt. Durchzuführen waren sie leicht, da im Volk infolge der vielen Entbehrungen, die der Krieg in seinem Gefolge hat, ein wahrer Heißhunger nach den vorhandenen Genußmitteln ausgebrochen ist.

Die Preissteigerung der Tabakfabrikate hat aber auch soziale Folgen, die zu wenig beachtet wurden. Die heutigen Preise der Tabakfabrikate sind so hoch, daß ein größerer Teil der Bevölkerung vom Genuß des Tabaks ausgeschlossen wird. Praktisch wirken die Preissteigerungen so, daß der besitzende oder Kriegsverdienste erzielende Teil der Bevölkerung noch immer in der Lage ist, sein Bedürfnis zu befriedigen, während die Armen nun auch diesem Genuß entzogen müssen. Volle Befriedigung des Bedarfes an Tabakfabrikaten ist nicht zu erzielen; eine solche Möglichkeit ist ausgeschlossen. Kritik ist da nutzlos. Daß aber vom Genuß der vorhandenen Tabakfabrikate die Ärmsten ausgeschlossen werden, bewirken die Preissteigerungen, besonders die letzte Steigerung, das ist die antisoziale: Vermehrung des Genußes der Besitzenden und größere Entbehrung der Armen.

Es gibt Leute, welche die Anschauung vertreten, daß alle Genußmittel überflüssig sind. Die Menschheit ist aber noch nicht so weit und gerade jenen Teil der Bevölkerung, der das meiste entbehren muß, was das Leben an Schönheiten und Annehmlichkeiten bietet, trifft die Entbehrung der Genußmittel viel schwerer als jenen Bevölkerungsteil, der infolge seines Einkommens ohnehin in der Lage ist, die vielen Annehmlichkeiten zu genießen, welche das Geld — auch im Kriege — ermöglicht.

Auch das gänzliche Verbot des Rauchens in den Straßenbahnwagen ist antisozial. Der Arbeiter, der einen langen Arbeitstag im Betrieb zurückgelegt hat und in seine entfernte Wohnung fährt, leidet förmlich nach dem Rauchgenuß; eine Zigarette läßt den knurrenden Magen vergessen und der Genuß weckt freundlichere Bilder, Zukunftshoffnungen, ohne welche die Menschheit heute verzweifeln müßte. Wer zu Hause einen Rauchsalon hat oder tagsüber das Kaffeehaus aufsuchen kann, der kann das Rauchen im Straßenbahnwagen entbehren. Wer seine feinen Sorten raucht, dem wird freilich die Arbeiterpreise, aus der ein mit Baumblättern vermischter Tabak gequalmt wird, unangenehm.

Tabakmangel und Tabaksteuerung haben aber noch eine soziale Wirkung, die nicht übersehen werden darf. In den meisten Fällen sind die in den Tabakfabriken beschäftigten Arbeiter gar nicht in der Lage, sich in den Trassien jene Fabrikate zu beschaffen, welche sie bis in die jüngste Vergangenheit gewohnt waren, zu rauchen. Sie bekommen nichts, auch wenn sie Geld haben. Das Rauchen ist schon an und für sich ein kostbares Vergnügen geworden, das für jene Arbeiter, welche keine Kriegsverdienste erzielen, fast unerschwinglich geworden ist. Dazu kommt als weitere Wirkung, daß die Besitzer von Lebensmitteln — Produzenten und Händler — im Gegentausch gegen Tabakfabrikate bereit sind, ihren Besitz abzugeben, ja sie bieten ihren Besitz direkt gegen Tabak an. Die zur Verfügung stehenden Lebensmittel reichen nicht aus und Arbeiterfamilien, die keine Kriegsverdienste erzielen, haben nicht die Möglichkeit, von den vorhandenen teuren Lebensmitteln zu kaufen. Uns ist eine Reihe von Fällen bekannt, daß Landwirte Tabakarbeitern, die einkaufen wollten, offen erklärten: „Bringt ihr Tabak, dann bekommt ihr, was ihr wollt.“ Auf den Einwand, daß die Arbeiter doch keinen Tabak haben, wurde nur vielsagend gelächelt und auf andere verwiesen, die sich Tabak verschaffen können. Die Moral hat im Kriege weit mehr gelitten, als allgemein erkenntlich ist, und es ist darum auch begreiflich, daß auch Arbeitspersonen der Tabakfabriken den auf sie einströmenden Verlockungen erliegen. Was wir schildern, sind keine Einzelercheinungen, sondern die Regel. Wir finden dieselben Erscheinungen auch beim Transport von Tabakfabrikaten. Die Tageszeitungen berichten fast laufend über vorgekommene Diebstähle von Tabakfabrikaten sowohl beim direkten Eisenbahntransport als auch in den Magazinen. Solange in Deutschland ein Mangel an Tabakfabrikaten nicht bestand, wurde ein organisierter Schmuggel — trotz der strengen Grenzsperrre — getrieben, der nur allmählich mit dem auch in Deutschland eintretenden Mangel zurückgeht. In der Regel wurden die deutschen Tabakfabrikate im Umtausch

gegen Lebensmittel über die Grenze geschmuggelt, so daß diese Leute, welche sich diesem Geschäft widmeten, doppelten Gewinn erzielten.

Selbstverständlich machen sich die Tabaktrassanten auch den Tabakmangel dienlich und man muß staunen, welche Präzente — besonders Lebensmittel — Trassanten und ihren Verläuferinnen gemacht werden, um nur überhaupt Tabakfabrikate zu erhalten. Es wird zum Gebot der Stunde, daß die Tabakarbeiter von den Fabrikleitungen das, was sie rauchen, erhalten; nicht um damit ein Geschäft zu machen, das verlangt keine vernünftige Arbeitsperson, sondern um den eigenen Bedarf zu decken.

Mangel und Teuerung fördern die Morallosigkeit, und wenn über diese Kriegsercheinung heute fast nicht mehr gesprochen wird, so geschieht es nur deshalb, weil man sich auch schon daran gewöhnt hat. Wo die Jagd nach dem Geld — die Erzielung von Kriegsgewinn — die allgemeine wirtschaftliche Erscheinung ist, haben Zukunftsgedanken weniger oder gar kein Interesse. Das aber ist sicher: die gegenwärtigen Preise der Tabakfabrikate sind im kommenden Frieden nicht aufrechtzuerhalten.

## Mehr Arbeiterinnen als Arbeiter in Deutschland.

Nach einer Mitteilung des „Reichsarbeitsblatts“ waren am 1. März d. J. in den an das Amt berichtenden Krankenkassen

3 973 457 Frauen und  
3 962 625 Männer,

also 10 832 mehr Frauen beschäftigt.

Trotzdem ist noch immer ein Ueberangebot von weiblichen Arbeitskräften vorhanden. Im Monat Februar d. J. kamen nach den Berichten der Arbeitsnachweise auf eine offene Stelle 112 arbeitssuchende Frauen und 62 Männer.

Angeichts der starken Zunahme der Frauenarbeit ist es bedauerlich, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder in den Gewerkschaften noch am 31. Dezember 1916 um 20 000 niedriger war als bei Beginn des Krieges.

## Unfallgefahren in Munitionsfabriken.

Die Herstellung von Geschossen und Sprengstoffartikeln ist eine gefährliche Arbeit. Schon früher ereigneten sich dabei bedauerliche Unfälle durch Explosionen. In der gegenwärtigen Zeit, die so riesenhaften Bedarf nach diesen Artikeln geltend macht, sind denn auch mehrfach Explosionen in Munitionsfabriken vorgekommen, bei uns und in den anderen kriegführenden Ländern. Leider waren die Opfer an Menschenleben manchmal zahlreich. Neuerdings brachten die Tageszeitungen die Nachricht, daß bei einer Explosion in einem Berliner Munitionsbetriebe neun Arbeiterinnen schwer verletzt worden seien, wovon vier bereits gestorben sind. Das Unglück soll dadurch entstanden sein, daß eine Arbeiterin mit einem gefüllten Benzolbehälter dem Glühofen zu nahe gekommen ist. Sie ließ den brennenden Behälter fallen, der sofort explodierte. Die Flammen ergriffen die Kleider der in der Nähe beschäftigten Arbeiterinnen, die lebensgefährlich verletzt wurden. Im Betriebe entwickelte sich ein großer Brand, der erst nach angestrengter Tätigkeit der Feuerwehr gelöscht werden konnte.

Die traurigen Folgen solcher Ereignisse legen den in Munitionsfabriken beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen die Pflicht auf, allergrößte Vorsicht bei ihrer Arbeit walten zu lassen. Die Gefahren für sie und die übrigen im Betriebe beschäftigten Personen, ja darüber hinaus, unter Umständen auch für die Bewohner angrenzender Häuser, sind zu groß, als daß auch nur einen Augenblick die gebotene Vorsicht bei der Arbeit außer acht bleiben dürfte.

Pflicht der Unternehmer aber muß es sein, die in gefährlichen Betrieben beschäftigten Arbeitskräfte eingehend über die Gefahren zu informieren und alle die Einrichtungen zu treffen, durch die Explosionen und andere Unglücksfälle vermieden werden können. Die Militärbehörden, die an der Aufrechterhaltung des Ganges der Betriebe und an der Gesunderhaltung der arbeitenden Personen stark interessiert sind, sollten ihren Einfluß geltend machen, um Vorkehrungen zur Vermeidung von Unglücksfällen herbeizuführen. In dem in Frage kommenden Betriebe war innerhalb eines Monats zweimal Feuer ausgebrochen und jedesmal waren Menschenleben zu Schaden gekommen.

Das selbstverständliche Interesse, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen daran haben, bei ihrer Tätigkeit geschützt zu sein, sollte sie nicht allein zu vorsichtigem Handeln mit gefährlichem Material veranlassen, sondern auch dazu, ihrer Berufsorganisation Mitteilung zu machen von mangelhaften Betriebsrichtungen, damit diese an zuständiger Stelle auf Beseitigung vorhandener Mängel bringen kann.

## An die Mauer mit den Lebensmittelwucherern!

Unter „Einsendungen aus dem Publikum“ veröffentlicht die „N.-A. Abendzt.“ folgende Zuschrift eines von der Front zurückgekehrten Offiziers, um zu zeigen, wie groß die berechtigte Empörung über den im kleinen und großen geübten Kriegswucher ist:

„Tag für Tag fallen draußen an der Front Hunderte von braven, tapferen, hochwertigen Leuten. Wäre es denn da schade, um ein paar verkommene, gemeinschädliche Subjekte herinnen, die nicht nur nichts fürs Vaterland leisten, sondern durch niederträchtigsten Wucher ihre eigenen Landsleute in tiefste Erbitterung versetzen und ihre materielle Bedrängnis vermehren? Man sollte endlich das einzig wirksame Exempel statuieren.“

und ein paar Kriegswunderer, die zweifellos in schweren Fällen überführt sind an die Mauer stellen und erschließen. Durch Front und Volk würde ein Aufatmen gehen, das Vaterland hätte an diesen Leuten nichts verloren, alle Wucherer aber wären gewarnt."

Das „Hamb. Echo“ bemerkt dazu:

Auch wir haben von Anfang an der Lebensmittlwucher ähnliche Forderungen erhoben, und dem Wucher wäre schnell ein Ende bereitet worden, hätte man die Lebensmittlwucher gleich über den Haufen geschossen. Statt dessen fanden sich leider nur allzu viele Geistes, die solche Wucherer mit Glacehandschuhen anfassten, so daß es nicht weiter zu verwundern ist, wenn der Lebensmittlwucher einen solchen Anfang annahm. Dem weiteren Umschlagreifen würde ein „die Mauerstellen“ der Landesverräter sicher und ohne Inhalt gebieten.

## Offiziere als Leiter von Arbeitsnachweisen.

Der Schlesische Arbeitsnachweisverband hat einen Ausbildungskursus für Leiter von Arbeitsnachweisen eingerichtet, der sechs Monate in Anspruch nehmen soll. Der Kursus — so heißt es in der betreffenden Ankündigung — ist besonders kriegsverletzten Offizieren, die sich zu Leitern von Arbeitsnachweisen ausbilden wollen, zu empfehlen. Es wird dann weiter darauf hingewiesen, daß diese Tätigkeit dem an seiner Gesundheit geschädigten Offizier genügend Möglichkeiten böte, diese zu schonen, da ihm Bureaupersonal nach Bedarf zur Verfügung stehen werde. Andererseits werde eine solche Stellung allerdings genügend körperliche Regsamkeit und volle geistige Spannkraft erfordern. Die Gehälter würden je nach Größe der Gemeinde verschieden sein, jedoch kaum weniger als 2400—3600 M. betragen. Die Anstellung sei eine privatrechtliche, unterliege also keiner Kürzung auf Grund des Offizierspensionsgesetzes.

Man sieht, die in den „Mitteilungen über die Kriegsverletztenfürsorge der Provinz Sachsen“ veröffentlichte Bekanntmachung sucht den Offizieren die Sache in recht günstigem Licht darzustellen.

Wir sind ganz festzuversichtlich damit einverstanden, wenn auch für die kriegsverletzten Offiziere in entsprechender Weise gesorgt wird. Aber — ohne diesem ehrenwerten Stande zu nahe treten zu wollen — wir müssen doch sagen, daß wir im Interesse der Arbeitsnachweise wünschen müssen, den „militärischen Geist“ in diese Institutionen nicht eindringen zu lassen, und zwar ganz gleich, ob es sich dabei um Offiziere in leitenden Stellungen oder um subalterne Posten für Unteroffiziere usw. handelt. Die Vermittler von Arbeitskräften müssen, um nach beiden Seiten zufriedenstellend wirken, d. h. den richtigen Mann an den richtigen Posten bringen zu können, über weitgehende Sachkenntnisse verfügen. Die Theorie kann hier die Praxis nicht ersetzen. Darüber sind sich übrigens Unternehmern wie Arbeiter durchaus klar; in gemeinsamen Kundgebungen ist wiederholt dieser Grundsatz zum Ausdruck gekommen.

Die Arbeiter wollen im Vermittler ihres höchsten Gutes, der Arbeitskraft, den Mann ihres Vertrauens sehen. Nicht einen Beamten, bürokratisch geschult,

sondern einen Mann, der seine Tätigkeit mehr in kameradschaftlichem Geiste ausübt. Der Mann sein muß, von tiefem sozialem Empfinden, um die Not der Arbeitslosen — vielleicht auch gelegentliche Ausschreitungen — zu begreifen. Es gehört ein großes Tatgefühl dazu, sich in einer solchen Stellung das Vertrauen und die Achtung nach beiden Seiten hin zu erhalten. Leute, die als Rekrutenerzieher 12, 15 und noch mehr Jahre in der Kaserne verbracht, die, wie immer auch ihre Verpflegung zu bewerten sein möchte, doch nicht den rauen Kampf um das Dasein im bürgerlichen Leben haben führen müssen, sind nach unserer Auffassung wenig befähigt, in den sozialen Institutionen, wie Arbeitsnachweis usw. eine ersprießliche Tätigkeit ausüben zu können. Das gilt auch von den leitenden Stellungen. Die bürokratisch-militärische Auffassung von den Dingen, die der (Offiziers-)Leiter aus seiner früheren Stellung mitbringt, würde schwer zu vereinbaren sein mit den Ansichten des aus den Reihen der Arbeiter hervorgegangenen Angestellten, und es würde ständig zu Reibungen kommen. Je kleiner der Arbeitsnachweis und damit das Tätigkeitsfeld, umso mehr müssen diese Dissonanzen auch unmittelbar für die Arbeitsuchenden fühlbar werden.

Aus allen diesen Gründen — manche andere ließen sich noch anführen — ist unbedingt daran festzuhalten, daß die Stellungen in den für die Arbeiter geschaffenen Institutionen nicht an weienfremde Elemente übergehen, daß sie den aus Berufskreisen hervorgehenden Leuten vorbehalten bleiben.

Fort mit dem militärischen Geist und mit dem Bürokratismus, wo ständig wechselndes, entwicklungsfräftiges soziales Leben pulsiert!

Aber auch von einem anderen Gesichtspunkt aus ist gegen die Absichten des schlesischen Arbeitsnachweisverbandes Einspruch zu erheben. Gehälter von 2400 bis 3600 M. für leitende Stellungen in hochbedeutungsvollen Einrichtungen? Man reflektiert auf Offiziere, die eine Rente erhalten, was an Gehalt sparen zu können. Mit diesen Bewerbern könnten die aus anderen Kreisen stammenden Reflektanten, die nicht das „Glück“ haben, kriegsverletzt zu sein, natürlich nicht konkurrieren. Auch gegen Sohdrückerei der Gemeindevverwaltungen müßten wir uns ebenfalls entscheiden wenden, wie gegen die von Privatunternehmern verübten.

## Verbandsteil.

### Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Finkenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefonamt Roland 6046. Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Finkenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Geld-, Einreich- und Wertendungen nur an W. Niederwiesing, Bremen, Finkenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto bei der Bankabteilung der Stadtsparkasse-Genossenschaft deutscher Bauvereine in Hamburg, Postfach Nr. 5349 beim Postfachamt in Hamburg.

Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Johs. Krahn, Bremen, Finkenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Oskar Kiebert, Bremen, Finkenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für den Ausschuss bestimmte Zuschriften sind an L. Schone, Hamburg, Befehlsbuchhof 57 III, Zimmer 45 und 46 (Gewerkschaftshaus) zu adressieren.

**Als verloren gemeldet:**  
 Dresden: Die Matrosenbücher S II 61 632, lautend auf Elise Gelber aus Gera, geb. 5. 4. 74, eingetr. am 8. 2. 08, Nr. 3; S II 70 846, lautend auf Wilh. Schneider aus Groß-Sülbenau, geb. 8. 12. 67, eingetr. am 16. 8. 15, Nr. 3. (S. 216 u. S. 17).  
 Nordhausen: Das Mitgliedsbuch S II 71 839, lautend auf Anna Schröder aus ?, eingetr. am 9. 1. 16. (S. 217, 5, 7, 12).  
 Im Vorgelegungsfall sind die Bücher einzuliefern und an den Vorstand einzuliefern.  
 Folgende Gelder sind bei mir eingegangen (B. = Verbandsbeiträge):  
 Am 12. Mai: Coest B. 25, Kaiserslautern B. 100, Naumburg B. 30, 13: Freiberg i. S. B. 300, Barntrop B. 21,88, 14: Jirle B. 8, Finsterwalde B. 600, 15: Hamburg B. 100, Kirchhagen B. 100, Lemgo B. 100, Berlin B. 1200, 16: Niederbessen B. 130, Dresden B. 2500, 17: Roringen B. 20, Dresden B. 400, Bremen, den 21. Mai 1917.  
 W. Niederwiesing

Abrechnungen vom 1. Quartal 1917 gingen ein:  
 Gau Hannover: Gernade, Stendal; Gau Nordhausen: Gabel; Gau Herzog: Oberbessen, Elmold, Mühlheim (Nabr), Lage, Mhle; Gau Breslau: Jirle und Gau Berlin: Musterhausen a. Döffe.

**Adressen-Änderungen.**  
 Niederbessen (4): Alle Zuschriften sind an Fritz Krusebeder, Niederbessen (5): Alle Zuschriften sind an Thomas Fuchsenbradt, Obere Braunschweiger Straße 31, zu senden, besser 490, zu senden.  
 Gaißichen (10): L. Web. Emil Reich, Talstr. 5.

**Gestorben:**  
 Am 27. April erlag in einem Feldlazarett seinen Wunden der Sortierer Walter Großer aus Ronneburg (Zahlstelle Ronneburg).  
 Am 7. Mai starb zu Nechme der Zigarrenarbeiter Hermann Theros aus Rehze, 63 Jahre alt.  
 Am 9. Mai starb zu Kl. Krogenburg Agnes Schnaß aus Kl. Krogenburg, 20 Jahre alt.  
 Am 12. Mai starb zu Hamburg der Zigarrenarbeiter Reinhold v. Schwanowski aus Ostken.  
 Am 12. Mai starb zu Kl. Mühlen (Zahlstelle Großerhüden) Johannes Jung, 68 aus Grafe, Kreis Welf, 66 Jahre alt.  
 Am 12. Mai starb zu Schwerin a. B. der Zigarrenarbeiter Gust. Madewitz aus Verlin, 61 Jahre alt.  
 Ehre ihren Andenten!

**E Da Capo**  
 Trustfreie Qualitäts-Zigarette  
 A. PECKSTEIN & SOHNE DRESDEN

Figur 318. Sämtliche Bedarfs-Artikel für Zigarren-Fabriken u. Zigarren-Geschäfte.

Figur 561. Maschinenfabrik, Tischlerei. Größtes Zigarren-Wickelform-Lager. Liste 24 für Zigarrenfabriken auf Wunsch sofort kostenlos. Vermitteln den An- und Verkauf von Zigarrenfabriken mit jedem Kontingent.

**L. Cohn & Co., Berlin N., Brunnenstrasse 24.**

**Carl Roland Berlin SO 26** Kottbuserstrasse 4. Rohtabakhandlung. Kaufe jeden Posten Zigarren auch lose, zu höchsten Preisen. Jon Lewis, Hamburg. Fernspr. Gr. 6. 8144. Gerholzstr. 1. Von 1 bis 3 Uhr geschlossen.

**Gelesene Tabakarbeiter** über ein vorzügliches Zigarettenmittel, bestes, wenn sie sich an unangenehme Kollegen weiden!

**Rippen Rauchtabelle Zigarren** kann überall jed. Posten sofort gegen Kasse Einlösen und Versand. Keine hohe Provision! E. Fiedler, Friedberg i. H.

**Kein Tabakarbeiter darf mehr unorganisiert sein!**

**Achtung!! St. Felix-Brasil** Umblatt und Einlage pro Pfund 5.80, 5.95, 6.10 u. 6.30 Hengfoss & Maak Altona-Ottensen.

**Druckmaschinen** Defekt schnell und billig! S. H. Schmalfeldt & Co. Bremen.

**Ca. 17000 gebrauchte Wickelformen** alle erdenklichen Fassons, teils wie neu, zu sehr billigen Preisen am Lager. Fordern Sie Zusendung der Musterbogen.

**Heinrich Franck, Berlin N 54**

Rohtabakhandlung Brunnenstrasse 22 Utensilien für Zigarrenfabriken

Erweitertes Sortiment: O. Fiedler, Berlin; Deutscher Tabakarbeiter-Verband, K. Reichmann; — Paul. Frensch; Dampfmotoren u. Bergbauart. J. H. Schmalfeldt u. Co., Rastatt in Bremen.